

## Vortrag des Direktors der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Prof. Dr. Manfred Kittel,

beim Empfang der SPD-Landtagsfraktion  
für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler  
21. April 2010 im Bayerischen Landtag

Die Quadratur des Kreises, nicht mehr und nicht weniger verlange die Politik von der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Mit diesem Tenor haben Journalisten den Rücktritt von Beiratsmitgliedern der Stiftung im vergangenen März kommentiert. Die Gründe für die Schwierigkeiten der Stiftung lägen bereits in den Genen der Einrichtung. Sie sei sowohl ein „Kind des Bestrebens, eine nationale Erinnerungsstätte an die Vertreibung zu schaffen, wie auch des Versuchs, eine solche zu verhindern“. (B. Kohler) Der Stiftungszweck sei vom Bundestag im Gesetz nicht klar genug definiert worden. Gehe es nun darum, die Erfahrung der Vertreibung als Teil der kollektiven Erinnerung in der Bundesrepublik anzunehmen oder vor allem „um ein weiteres Instrument zur Versöhnung insbesondere mit Polen?“ Die Frage sei offen geblieben.

An dieser Analyse ist manches richtig, die Alternativen sind aber doch sehr scharf konturiert. Versöhnung nach innen und Versöhnung nach außen, nationales und europäisches Erinnern, das schließt sich keineswegs prinzipiell aus. Wichtig ist nur, dass der Auftrag klar ist, dass klar ist, was ist der Gegenstand der Stiftung und was sind ihre Methoden. Dabei ist ein Blick auf die lange Vorgeschichte des ganzen Projekts hilfreich. Einer seiner geistigen Paten, der sudetendeutsch-bayerische SPD-Politiker Peter Glotz, hat auf den Punkt gebracht, worum es geht: Darum, die „Deutschen dazu [zu] bringen, über Vertreibungen nachzudenken, gegen neuerliche Vertreibungen zu kämpfen und die Opfer der Vertreibungen zu betrauern“. Und das könne man nun einmal nicht von Freilassung oder Buxtehude aus erreichen, sondern nur von der Hauptstadt, von Berlin aus. Dass es dabei gleichwohl nie darum ging, die deutschen Wunden als singular darzustellen, signalisierte schon der Plural im „Zentrum gegen Vertreibungen“, jener Initiative der Christdemokratin Erika Steinbach und des Sozialdemokraten Peter Glotz, ohne die es die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung kaum geben würde – auch wenn das heutige staatliche Projekt etwas anderes ist als das zivilgesellschaftliche „Zentrum“ von vorher.

Der Stiftung geht es wesentlich auch um die Versöhnung der Deutschen mit sich selbst: Es geht ihr um die Versöhnung der vertriebenen Minderheit der deutschen Gesellschaft mit der nicht vertriebenen Mehrheit - in einem Land, das von den Vertriebenen oft genug als eine „kalte Heimat“ empfunden wurde. Es geht um innere Versöhnung auch insoweit, als ein Unrecht, das sich nicht wieder gutmachen lässt, wenigstens nach Anerkennung verlangt. Nichts verletzt – mit Gustav Seibt zu reden - die Opfer mehr, „als wenn ihnen noch nachträglich die Anerkennung ihrer Schmerzen verweigert wird, so als seien diese gar nicht gewesen“. Wir dürfen also, bei aller Sensibilität für die europäische Dimension des Themas vor unserer eigenen Trauerarbeit als Deutsche hier nicht fliehen. Trauern kann man im übrigen auch um etwas, „dessen Verlust man selber verschuldet hat, und viel spricht dafür, dass solche

Trauer am Ende eher eine heilende Wirkung hat als das Vergessen und Verleugnen des Unglücks“.

Der Stiftung geht es um einen Beitrag zur Versöhnung zwischen alten politischen Lagern, zwischen Lagern, die bei dem Thema vor allem wegen des Streits um die Ostverträge in den 1970er Jahren so weit auseinander gerückt waren wie bei wenigen anderen Feldern der Politik. Wie nötig diese innere Versöhnung ist und wie weit wir davon entfernt sind, haben uns gerade auch die Debatten um die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung bis in die jüngste Gegenwart hinein schmerzlich zu Bewusstsein gebracht. Manchmal konnte man in der Hitze des Gefechts fast den Eindruck gewinnen, als ginge es noch einmal um die Unterzeichnung des Moskauer, des Warschauer oder des Prager Vertrags – und nicht nur um einen Sitz im Stiftungsrat oder um die Konzeption eines Ausstellungszentrum.

Also noch einmal: Gegenstand der Stiftungsarbeit ist das Erinnern an die Geschichte der Vertreibungen im 20. Jahrhundert, wobei die Methoden dieser Arbeit – und das ist nun auch ganz zentral - dergestalt beschaffen sein müssen, dass sie zur Versöhnung zwischen den Völkern beitragen, dass sie keine neuen Wunden aufreißen. Deshalb wird die Stiftung besonders darauf achten müssen, die historischen Ereignisse und Kontexte ausgewogen darzustellen. Darum geht es der Stiftung, wenn sie ihren Versöhnungsauftrag selbstverständlich auch nach außen, international, im Hinblick auf die Völkerverständigung versteht. Und damit ist auch klar, dass sie nicht auf nachgeholte Schuldbekennnisse der Täter aus ist, dass mit Versöhnung eben nicht gemeint sein kann, dass hier deutsche Vertreibungsoffer von 1945 einseitig den Vertreibern zu verzeihen hätten. Dazu hatte es unter den Deutschen in den dunklen Jahren bis 1945 zu viele, viel zu viele eigene Täter gegeben - und eben nicht nur Täter im Kontext von Vertreibungen, sondern auch im Kontext der nationalsozialistischen Besatzungs- und Vernichtungspolitik.

Gerade auch wegen dieser Kontexte ist es so wichtig, dass in dem geplanten Ausstellungs- und Dokumentationszentrum in Berlin nicht nur an das eigene Schicksal, nicht nur an die Schicksale deutscher Vertriebenen erinnert wird, sondern dass auch andere Opfer von Flucht, Vertreibung und ethnischer Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts in den Blick kommen: Von den Balkankriegen vor dem Ersten Weltkrieg über z. B. Karelien 1945 bis nach Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren. Gegen diesen Ansatz gibt es leider Bedenken – darunter auch solche, die eigentlich schon ausgeräumt schienen. Eine Journalistin hat jüngst gar den Verdacht geäußert: Wer die Vertreibung der Deutschen in die Geschichte der Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert einbettet, der wolle doch nur, dass die 12 Millionen deutschen Vertriebenen als Opfer, schon rein zahlenmäßig, „zu vorzüglicher Geltung“ kämen. Hört, hört! Merkwürdig nur, dass der Bund der Vertriebenen, vor seiner durch Erika Steinbach forcierten Öffnung, diese europäische Einbettung des Vertreibungsgeschehens lange selbst gar nicht gewollt hat. Erinnern wir uns doch: Anfang der 1960er Jahre war es, da plante der renommierte Historiker Theodor Schieder eine mehrbändige Dokumentation der Vertreibung mit einem Voraussetzungsband abzuschließen: Die Vertreibung der Deutschen sollte im historischen Kontext ethnischer Säuberungen seit dem 19. Jahrhundert verortet werden. Und wie hieß es damals aus den Vertriebenenverbänden: So nicht. Das würde doch aussehen wie ein „Entschuldigungszettel“ für die Vertreibung der Deutschen. Zum Glück ist man hier im Bund der Vertriebenen zwischenzeitlich zu besseren Einsichten gelangt. Dagegen arbeiten sich andere, die nicht im Ruf einer besonderen Nähe zum BdV stehen, heute überraschenderweise an dem Thema ab. Deshalb die kurzschlüssige Unterstellung, ich unterstreiche, eine bloße, aber leider immer wiederholte Unterstellung: Dass eine europäische Betrachtungsweise der Vertreibungen zwangsläufig über die NS-Vernichtungspolitik hinweg gehe.

Das Gegenteil ist aber doch der Fall. Der historische Kontext wird keineswegs entsorgt, wenn ich die Vertreibung der Deutschen mit der „Katastrophe“ der Armenier oder dem Schicksal der Kosovo-Albaner vergleiche. Eine Entsorgung fände nur dann statt, wenn man die Vorgänge gleichsetzen würde, statt sie zu vergleichen. Vergleichen und gleichsetzen – das sind zwei Paar Stiefel. Die Ausstellung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird eben nicht gleichsetzen, sie wird vergleichen auf dem Wege sachlicher Dokumentation, sie wird keineswegs nur Gemeinsamkeiten, sondern auch die Unterschiede, teilweise zentrale Unterschiede zwischen einzelnen Vertreibungsvorgängen und ihren Ursachen herausarbeiten. Ich sage ganz klar: Mir wäre es entschieden zu wenig, wenn die Besucher die Ausstellung verlassen würden mit der banalen Einsicht, dass es in der Geschichte der Menschheit seit der Vertreibung aus dem Paradies nun einmal grausam zugehe. Erst recht nicht darf beim Besucher der Eindruck aufkommen, dass, weil die Deutschen bei den Vertreibungen quantitativ die größte Opfergruppe gewesen seien, die Alliierten des Zweiten Weltkriegs somit gleichsam als die „Haupttäter des Jahrhunderts“ gelten müssten. So ein Geschichtsbild wäre in der Tat abwegig. Schließlich haben weder die USA noch Großbritannien 1939 jenen Krieg entfesselt, ohne den es mit Sicherheit nicht zur Vertreibung von 1945 gekommen wäre. Und auch den Holocaust haben bekanntlich nicht die Alliierten organisiert. Nur: Ich kenne niemanden in der Stiftung und in ihren Gremien, der das alles in Frage stellen würde. Alle sind sich vielmehr im Grundsatz darin einig, bei der Vertreibung der Deutschen den unmittelbaren historischen Kontext in seinem ganzen schrecklichen Umfang zu berücksichtigen: Das Menschheitsverbrechen des Holocaust. Den rassenideologischen Vernichtungskrieg, mit dem die NS-Diktatur die Völker Ost- und Ostmitteleuropas überzog. Nur vor diesem Hintergrund konnte sich von Warschau bis Belgrad auf breiter Front die Überzeugung durchsetzen, nicht länger mit Deutschen in einem Staat zusammenleben zu wollen. Auch die Bereitschaft der demokratischen Westmächte, einer derart gigantischen Vertreibung von Deutschen zuzustimmen, hatte nicht nur mit älteren Überzeugungen von ethnischer Entflechtung als Konfliktlösungsmodell (seit dem Vertrag von Lausanne 1923 zum griechisch-türkischen „Bevölkerungsaustausch“) zu tun; sie hatte auch mit dem ungeheuren Zivilisationsbruch zu tun, dessen sich das nationalsozialistische Deutschland schuldig gemacht hatte. Dass es v.a. im deutsch-polnischen Fall ohne Stalins Plan einer Westverschiebung Polens 1945 nicht so gekommen wäre, wie es tatsächlich kam, darf freilich auch nicht verschwiegen werden. Niederschlesien etwa stand jedenfalls nicht auf dem Wunschzettel der Westalliierten als Kompensation für die polnische Westverschiebung, auch nicht auf dem Wunschzettel der polnischen Exilregierung in London, sondern zunächst einmal nur auf der Agenda Stalins. Nicht nur aus den bereits erwähnten Gründen gehört der Holocaust thematisch in die Ausstellung hinein. Er gehört es auch wegen früherer Verbindungslinien zwischen Holocaust und Vertreibungen, auf die Götz Aly und andere schon vor Jahren hingewiesen haben. Erwähnt sei hier nur die Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, in der sich Adolf Hitler mit den aktuellen Heim-ins-Reich-Projekten von mehreren hunderttausend Deutschbalten und Südtirolern auseinandersetzte. Hitler entwarf hier eine „neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“, um „auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen“. „In diesem Zusammenhang“, so kündigte er an, sei auch „der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems“ zu unternehmen. Die folgende Ermordung der europäischen Juden in ihrer kaltblütigen, minutiös geplanten, industrialisierten Form war ein singulärer Vorgang - und ist es bis heute geblieben. In den Vernichtungslagern verwirklichte Deutsche „die äußerste Form einer europäischen Politik der Dissimilierung, der ethnisch, also rassistisch begründeten Diskriminierung, Zwangsenteignung und Deportation“. Trotz dieser Singularität gehört der Holocaust aber mitten hinein in die

„historische Konstellation ethnokratischer Politik“. Zunächst dachten Hitlers Helfer noch „an ein gewissermaßen konventionell mörderisches Judenreservat“ bei Lublin, dann an die Deportation nach Madagaskar. Adolf Eichmann ließ seine Beamten sogar schon auf Tropentauglichkeit prüfen und impfen. Erst nach dem all diese Pläne gescheitert waren, kam es zum Bau der Vernichtungslager. „Wenn in der deutschen Verwaltung seit dem Herbst 1941 von ‚Judenaussiedlung‘, ‚-umsiedlung‘ und ‚-evakuierung‘ gesprochen wurde und – jetzt – Mord gemeint war, so ist das nicht allein als Tarnung zu verstehen, sondern als Hinweis auf die Genesis des Holocaust“ . (G. Aly)

Auch diese Kontexte müssen in der Dauerausstellung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung dokumentiert und sorgfältig differenziert werden – in einer Weise, die keinen Zweifel aufkommen lässt, worin die Unterschiede zwischen Vertreibung und Vernichtung bestehen. Am besten schon in einem didaktisch überzeugend gestalteten Eingangsraum müssen die Begriffe geklärt werden, muss klar gemacht werden, dass es bei Vertreibung vom Ansatz her um die Entfernung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe von einem bestimmten Gebiet geht, nicht aber um die Vernichtung möglichst jedes einzelnen dieser Gruppe. Dass auch Vertreibungen genozidale Folgen haben können - und dass sie auch dann bereits Unrecht darstellen, wenn sie diese genozidalen Folgen nicht haben – das wird allerdings ebenfalls deutlich zu machen sein.

Vor diesem Hintergrund sagt die Grundkonzeption der Stiftung, die von der Regierung der Großen Koalition im März 2008 beschlossen wurde, ganz klar: Das Doku-Zentrum im Deutschlandhaus soll die Erinnerung an das „tiefe menschliche Leid“ wach halten, das mit Vertreibungen verbunden ist ... Wichtiger Bestandteil dabei ist die Einbeziehung der Erlebnisgeneration durch die Darstellung von Einzelschicksalen und die Darlegung biographischer Erzählstränge vor dem allgemeinen historischen Hintergrund“. Denn, so wird in dem Papier weiter erläutert: „Die Berücksichtigung individueller Schicksale schafft die Möglichkeit zur empathischen Auseinandersetzung und ... erlaubt auch einen emotionalen Zugang zum Thema“.

Kritiker des Stiftungsprojekts haben an diesen Passagen der vorliegenden Grobkonzeption Anstoß genommen: „Nicht um historisches Verständnis“ werde es demnach also in der Ausstellung gehen, „sondern um Gefühle“. Aber ist es nicht ein ganz künstlicher Gegensatz, zwischen individuellem Schicksal und historischem Zusammenhang so kategorisch zu unterscheiden? Es gibt doch unzählige Beispiele von Museen, die beweisen, dass Rationalität und Emotionalität, Wissenschaftlichkeit und Empathie sich keineswegs kategorisch ausschließen. Gerade einige der besten Ausstellungen verdanken ihren Erfolg nicht zuletzt auch biographischen Zugängen. Und deshalb kann es im Doku-Zentrum Deutschlandhaus nicht nur um die Vertreibung gehen, es muss schon auch um die Vertriebenen selbst gehen, um Menschen muss es gehen. Das Erleben der Betroffenen, ihre subjektive Opferperspektive, das ist ebenso zu dokumentieren wie die große Politik, wie die übergeordneten Pläne und die historischen Hintergründe.

Das Problem der Stiftung ist es nicht, dass ihre Aufgabe unlösbar wäre. Es beschreibt keineswegs die Quadratur des Kreises, auf der Basis der vorliegenden Regierungskonzeption ein stringentes Ausstellungsprogramm zu entwickeln. Das Problem ist vielmehr, dass manche kurzerhand die Geschäftsgrundlage von 2008 infrage stellen; und sie können es nur, indem sie sich mitunter „eines geradezu absurden Ausmaßes an Unterstellungen“ (P. Becher) bedienen. Wenn es in der Grobkonzeption heißt, die Vertreibung der Deutschen bilde „einen Hauptakzent“ der Ausstellung, lautet der Vorwurf: Das sei ein deutsch-national verengter Blickwinkel. Verweist man demgegenüber darauf, dass der deutsche Fall in den europäischen

Kontext gerückt werden solle, kommt die Replik: Damit würden die deutschen Verbrechen durch Gleichsetzung aller Opfer relativiert. Ja, was gilt denn nun? Passt manchen einfach „die ganze Richtung“ nicht? Ist manchen vielleicht nach wie vor die Vorstellung unerträglich, dass überhaupt in der deutschen Hauptstadt ein Erinnerungsort an Flucht und Vertreibung entsteht? Diesen Geschichtspolitikern kann leider nicht geholfen werden. Der Erinnerungsort im Deutschlandhaus wird entstehen als ein Ort historischer Aufklärung mit globaler Zielsetzung, als ein Ort, der im Sinne eines Plädoyers von Karl Schlögel das Nebeneinander von Nationalgeschichten hinter sich lässt, der Vertreibungen als ein gesamteuropäisches Thema betrachtet und dabei die Wechselwirkungen zwischen den nationalen Entwicklungen deutlich macht, schließlich aber auch als ein Erinnerungsort daran, dass mit der Vertreibung der Deutschen aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa eine lange und reiche kulturelle Tradition untergegangen ist.

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die bayerische SPD, dass Peter Glotz und Franz Maget, dass Albrecht Schläger, Peter Becher und Christa Naaß dieses wichtige Projekt so klar unterstützt haben und dass die Landtagsfraktion es auch unter ihrem Vorsitzenden Markus Rinderspacher weiter unterstützt. Gewiss, kontroverse Diskussionen gehören zu einer demokratischen politischen Kultur. Aber manchmal muss man auch die Zeichen der Zeit erkennen und sehen, wann aus einem Thema die Luft zumindest insoweit „draußen“ ist, dass es sich nicht mehr zu einer konfrontativen parteipolitischen Auseinandersetzung eignet. Dafür gibt es heute weiß Gott genug andere wichtige Politikfelder. Peter Glotz hat es in den 1990er Jahren erkannt: Dass nach der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas, dass nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag und aufgrund der neuen Vertreibungstragödien im zerfallenden Jugoslawien die Zeit für eine konstruktive Aufarbeitung des Themas reif ist – ohne die ganzen alten Rechthabereien. Möge die Bayern-SPD in diesem Sinne weitermachen – vielleicht auch ein wenig eingedenk des großen Beitrags, den viele, viele Sudetendeutsche, aber auch Schlesier und andere Vertriebene nach 1945 am Wiederaufbau der Sozialdemokratie im Freistaat hatten.